



Presse Medien Information

IG Metall Osnabrück

Hartmut Riemann

Tel. 0541/3 38 38 11 11

Mobil: 0171/9792152

Homepage: www.osnabrueck.igmetall.de

24. November 2010

IG Metall Delegierten- und Funktionärskonferenz

Hauptthemen: Sozialabbau und Karmann

Erfolgreiches Jahr 2010 für die IG Metall Osnabrück: 500 neue Mitglieder

Auf der Delegiertenversammlung spielte zunächst das Ende der Firma Karmann und die Perspektiven für die Arbeitsplätze die Hauptrolle.

Hartmut Riemann, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Osnabrück zog eine positive Bilanz des Insolvenzverfahrens der Firma Karmann. „Durch die Ansiedlung von Volkswagen und der Integration der technischen Entwicklung mit 290 Arbeitsplätzen, der Metall Gruppe mit 329 Arbeitsplätzen und der Fahrzeugproduktion in das Werk, sowie der Übernahme der Dachfertigung werden alle Produktionsbereiche der ehemaligen Firma Karmann weitergeführt“.

Unter den derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden Ende 2011 ca. 2500 Arbeitsplätze auf dem alten Karmanngelände gesichert sein, schätzt Riemann. „Dieses ist ein Erfolg, auf den wir stolz sein können“, rief er den Delegierten zu, „weil wir mit zahlreichen Aktionen und Aktivitäten für den Erhalt der Arbeitsplätze gekämpft haben“.

Besonders erfreut zeigte sich Riemann darüber, dass die IG Metall Osnabrück in diesem Jahr über 500 neue Mitglieder gewinnen konnte. Dafür be-

dankte Riemann sich bei den Delegierten. Die IG Metall Osnabrück hat derzeit 17.000 Mitglieder.

Im zweiten Teil der Veranstaltung referierte Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandmitglied der IG Metall aus Frankfurt zur aktuellen sozialpolitischen Auseinandersetzung.

„Die Herbstaktivitäten der Gewerkschaften waren ein großer Mobilisierungserfolg. Weit über 100.000 Menschen gingen auf die Straße, um gegen schwarz-gelben Sozialabbau und für gewerkschaftliche Reformalternativen zu demonstrieren. Das war der Auftakt für weitere Aktionen“, sagte Urban.

Wer Arbeitslose unter Druck setze und dazu zwingen wolle, auch unterwertige und prekäre Arbeit anzunehmen, setze auf Unterbietungskonkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. „Damit soll das gesamte Lohngefüge unter Druck geraten“, sagte der für Sozialpolitik zuständige Gewerkschafter mit Blick auf die Veränderungen bei den Regelsätzen.

Neben dem Verzicht auf Kürzungen im Sozialbereich forderte Urban eine gesetzliche Regelung, die Stammbeschaften und Leiharbeiter gleichstelle. Insbesondere bei Berufseinsteigern werde die

Leiharbeit zunehmend als Instrument der Unterschreitung tariflicher Standards missbraucht.

Darüber hinaus kritisierte Urban die Rente mit 67 und die verabschiedete Gesundheitsreform. Beide Maßnahmen stießen bei einer übergroßen Mehrheit der Bevölkerung auf Ablehnung.

„Auch in diesen Fällen ignoriert die Bundesregierung den Mehrheitswillen der Bevölkerung und setzt auf eine Politik gegen die Menschen. Das werden wir nicht hinnehmen! Wir werden den Kampf gegen Sozialabbau weiterführen und die Auseinandersetzung in die Betriebe tragen“, fügte der Gewerkschafter hinzu.

Der starke Beifall der Teilnehmer zeigte, dass Urban mit seinen Ausführungen den Nerv der Teilnehmer getroffen hatte.